

Wer kämpft - und wer nicht?

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **83 (2008)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-715887>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wer kämpft – und wer nicht?

Der Streit um den Afghanistan-Einsatz belastet die NATO. Die Amerikaner, Briten, Kanadier, Niederländer und Dänen kämpfen im Süden unter schweren Opfern. Sie fordern namentlich Deutschland auf, Truppen in die umkämpften Provinzen zu entsenden.

Am 7. Februar 2008 warnte der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates in der litauischen Hauptstadt Vilnius vor einer Zwei-Klassen-Gesellschaft. An der NATO-Tagung erhielt er Sukkurs von Kanada, das die Last im Süden nur noch tragen will, wenn sich dort auch Allianzpartner wie Italien und Deutschland engagieren. Bereits sind 78 Kanadier gefallen.

Konflikt 1: Afghanistan

Noch deutlicher wurde Robert Gates an der 44. Münchner Sicherheitskonferenz am 9./10. Februar 2008. Wörtlich rief er aus: «Ich mache mir grosse Sorgen, dass sich das Bündnis zu einer zweigeteilten Allianz entwickelt, in der einige Verbündete für den Schutz und die Sicherheit der Menschen zum Kämpfen und zum Sterben bereit sind – und andere nicht.»

Gates deutscher Amtskollege Franz Josef Jung (CDU) wies die Forderung hart zurück, die Bundeswehr müsse im Süden von Afghanistan Bodentruppen stellen. Deutschland leiste im Norden gute, umfassende Aufbauarbeit. Zudem operierten die deutschen Tornado-Aufklärer über ganz Afghanistan.

Konflikt 2: Deutschland

Den politischen Hintergrund bildet das Wahljahr 2009: Würde die Regierung Merkel jetzt Kampftruppen nach Südafghanistan schicken, dann würde sie mit Sicherheit die Bundestagswahl verlieren. In Deutschland besteht schon massiver Widerstand gegen das gegenwärtige Engagement der Bundeswehr in den Nordprovinzen. Wie Umfragen zeigen, lehnt die Bevölkerung den



Deutsche Soldaten bei Bagram im Norden Afghanistans.


Afghanistan-Einsatz bereits jetzt ab, obwohl Jungs Vorgänger, der Sozialdemokrat Peter Struck, verkündet hatte: «Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.»

Konflikt 3: Russland

An der Münchner Konferenz brachen erneut auch Konfliktlinien zwischen der NATO und Russland auf. Der russische Vize-Premier Sergej Iwanow griff das Bündnis in dreifacher Hinsicht an: Erstens warnte er den Nordatlantiktakt, Georgien und die Ukraine enger anzubinden. Seit Jahren wehrt sich Russland gegen die Annäherung des Nachbarlandes Ukraine an die NATO. Zweitens verlangte Iwanow, im

Streit um den geplanten amerikanischen Raketenschirm in Polen und Tschechien müsse eine einvernehmliche Regelung erzielt werden. Und drittens wandte sich Iwanow wieder gegen die Unabhängigkeit von Kosovo.

Zu allen drei Klagen kündigte Iwanow Konsequenzen an. Er verschwieg aber, wie Russland handeln würde, wenn die Ereignisse einträten, vor denen die russische Führung seit längerem eindringlich warnt.

Aufschlussreich ist dazu die Meinung des Russland-Kenners Ernst Mühlemann: «Russland kann jederzeit den Erdöl- und Erdgashahn zudrehen; aber treffen würde das eher Europa, nicht Amerika.» fo. 

Russen für Serben

Weit ging der Russe Iwanow in München, was die Folgen der kosovarischen Unabhängigkeit betrifft: «Dann könnte auch Nord-Zypern einen eigenen Staat ausrufen, und die Staatengemeinschaft müsste ihn anerkennen.» Iwanow liess an Russlands Unterstützung für Serbien keine Zweifel offen. fo.

Türkei nur Partner

Offen verlangte der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan, die Europäische Union müsse sein Land als Vollmitglied aufnehmen: «Die Türkei ist der strategische zentrale Vermittler zwischen West und Ost». Deutschland und Frankreich sehen die Türkei aber nur als EU-Partner, nicht als Mitglied. fo.

Schläge im Nordirak

Zur andauernden türkischen Armeeoperation gegen die Kurden im Nordirak führte Erdogan aus: «Wir begehren nicht auch nur eine Handbreit irakischen Bodens. Von den Kurden geht indessen eine offene Bedrohung für die Türkei aus. Wir setzen die Militärschläge fort, solange sie nötig sind.» fo.